

4284/AB XX.GP

zur Zahl 4602/J - NR/1998

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Karl Schweitzer, Mag. Ewald Stadler und Kollegen haben an mich eine schriftliche Anfrage, betreffend österreichische EU - Präsidentschaft, gerichtet und folgende Fragen gestellt:

“1. Welche Agenden, die in den Bereich Ihres Ressorts bzw. in Ihre Zuständigkeit als Ratsvorsitzender fallen! hat Österreich vom vorangegangenen britischen Ratsvorsitz übernommen? (Bitte um konkrete Auflistung der einzelnen Recht - setzungsakte, Dossiers, Maßnahmen etc.)?

2. Wie ist der diesbezügliche Verhandlungs -/Diskussionsstand bzw. in welchem Entscheidungsstadium befinden sich diese? (Bitte um Aufliste analog Frage 1).

3. Welche dieser Agenden wollen Sie als Ratsvorsitzende/r während der österreichischen Präsidentschaft zum Abschluß bringen? (Bitte um Auflistung analog Frage 1).

4. Wo liegen Ihrer Auffassung nach die Problembereiche/Knackpunkte in diesen Agenden?

5. Welche dieser Agenden werden vermutlich während der österreichischen Präsidentschaft zum Abschluß gebracht werden können? (Bitte um Auflistung analog Frage 1).
6. Welche sonstigen Vorhaben auf EU - Ebene, die in Ihren Zuständigkeitsbereich fallen, sind für das 2. Halbjahr 1998 vorgesehen bzw. zu erwarten?
7. Was ist Ihre konkrete Zielsetzung für diese Vorhaben während des österreichischen EU - Vorsitzes?
8. Was soll Ihrer Auffassung nach am Ende der österreichischen Präsidentschaft/Ihres Ratsvorsitzes konkret erledigt sein, um von einem Erfolg der österreichischen Präsidentschaft/Ihres Ratsvorsitzes sprechen zu können?"

Ich beantworte diese Fragen wie folgt:

Zu 1 und 2:

Hiezu verweise ich auf die Antwort des Herrn Bundeskanzlers auf die gleichlautend an ihn gerichtete Anfrage und auf die dieser Anfragebeantwortung angeschlossene Auflistung, in der - mit Stand vom 2. Juli 1998 - alle derzeit im Rahmen der Europäischen Union laufenden legislativen Vorhaben dargestellt sind. Diese Liste wurde vom Europäischen Parlament in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat des Rates und der Europäischen Kommission erstellt und wird regelmäßig aktualisiert. Aus der Spalte L dieser Auflistung geht hervor, bei welchen Dossiers das Bundesministerium für Justiz entweder federführend zuständig oder mitbetroffen ist. Aktuelle Detailinformationen über den Stand der einzelnen Dossiers können über den Internet - Server des Europäischen Parlaments (Internet - Adresse: www.europarl.eu.int) abgerufen werden.

Zu 3 bis 5:

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß der Einfluß des jeweiligen Ratsvorsitzenden auf den Fortgang der einzelnen Agenden nicht überschätzt werden darf, zumal ihm als Vorsitzendem in den Tagungen des Rates in erster Linie eine vermittelnde und moderierende Funktion zukommt. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang vor allem das Verhalten der 15 EU - Mitgliedstaaten im Rat sowie der Europäischen Kommission. Eine hinreichend verlässliche Prognose über das zukünftige Verhalten dieser Akteure im EU - Rechtssetzungsprozeß, über die daraus allenfalls erfließen - den Problemfelder und über die für die einzelnen Vorhaben erreichbaren Fortschritte ist aber kaum möglich, weshalb ich diese Fragen nicht seriöserweise beantworten kann. Freilich werde ich alles daran daransetzen, um die im offiziellen Arbeitsprogramm der österreichischen Präsidentschaft anvisierten Fortschritte zu erzielen.

Zu 6 und 7:

Beim Europäischen Rat von Cardiff fand eine ausführliche Aussprache über die künftige Entwicklung der Europäischen Union statt. Dabei waren sich die Staats - und Regierungschefs einig, daß es erforderlich ist, die Europäische Union den Menschen näherzubringen und sie auf die für die Bürger Europas wichtigsten Fragen - wie etwa die Stärkung ihrer demokratischen Legitimität - zu konzentrieren. Im Bereich Justiz und Inneres wird der Rat in Zusammenarbeit mit der Kommission für die Tagung des Europäischen Rates in Wien am 11. und 12. Dezember 1998 einen Aktionsplan über den Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ausarbeiten.

In Ergänzung des Aktionsplans zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, dessen Umsetzung durch den österreichischen Vorsitz weiter voranzutreiben sein wird, hat das Bundesministerium für Justiz eine Entschließung des Rates zur Prävention organisierter Kriminalität im Hinblick auf die Etablierung einer umfassenden Strategie zu deren Bekämpfung vorgeschlagen, deren Annahme beim Rat Justiz und Inneres am 4. und 5. Dezember 1998 angestrebt wird.

Um den Euro als gemeinsame Währung von Anfang an zu schützen, wird der österreichische Vorsitz eine Initiative präsentieren, die auf eine Angleichung der straf -

rechtlichen Vorschriften zur Bekämpfung der Geldfälschung abzielt; die Arbeiten an diesem Rechtsakt werden erst im Jahr 1999 beendet werden können.

Zu 8:

Wie bereits ausgeführt, lassen sich die in den einzelnen Dossiers erzielbaren Fortschritte aus heutiger Sicht kaum vorhersagen. Der Erfolg der österreichischen Präsidentschaft wird sich jedoch nicht so sehr an isolierten Fortschritten in einzelnen Dossiers, sondern vielmehr an der Summe möglichst vieler Ergebnisse in den im Präsidentschaftsprogramm aufgelisteten Bereichen messen.